

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aktuelle Stunde.

Wir kommen zu:

### **3 Kommunale Wirtschaftskraft erhalten – Lebensqualität der Menschen in NRW sichern**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/3837

In Verbindung damit:

#### **Bundesweit einmalige Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung in NRW stoppen – Reform des § 107 nicht weiterverfolgen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/3850

Ich eröffne die Beratung und gebe zunächst für die antragstellende Fraktion der SPD dem Kollegen Jäger das Wort.

**Ralf Jäger (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der letzten Wortmeldung zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt ist es schön festzustellen, dass es in diesem Hause doch noch FDP-Politiker gibt, die eine freie Rede halten können. Aber, Herr Wolf, ob das wirklich eine gute Idee war, lasse ich mal dahingestellt.

Wir sind bei der Verschärfung des § 107 und der Frage, warum zurzeit rund 15.000 Menschen draußen vor dem Landtag demonstrieren.

(Zuruf von der SPD: Weit mehr!)

– Es können auch noch deutlich mehr sein.

(Zuruf von den GRÜNEN: 20.000!)

– Umso schöner, umso besser, dass wir es auch hier im Hause diskutieren. – Wie sieht heute die Realität aus? Es gibt einen fairen Wettbewerb zwischen privaten und kommunalen Unternehmen in der öffentlichen Daseinsvorsorge und Versorgung. Es gibt aber auch einen Referentenentwurf der Landesregierung von Herrn Minister Wolf zur Reform dieser Gemeindeordnung, der einzig und allein das Ziel „Privat vor Staat“ verfolgt. Zulasten der Kommunen soll ein Vorrang für private Leistungserbringer im Gesetz festgeschrieben werden.

Es gibt für die kommunale wirtschaftliche Betätigung an zwei Stellen eine drastische Verschärfung:

Erstens. Kommunen dürfen nur dann selbst wirtschaften, wenn ein dringender öffentlicher Zweck begründet ist. Eine solche Verschärfung gibt es in keinem der 15 anderen Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland.

Zweitens. Wenn kommunale Unternehmen am Wettbewerb teilnehmen, müssen sie anders als private Unternehmen nachweisen, dass sie die Leistung ebenso gut und ebenso wirtschaftlich erbringen können. Faktisch bedeutet das, dass kommunale Unternehmen permanent belegen müssen, dass sie eine Aufgabe besser als jedes andere private Unternehmen wahrnehmen können.

Eine solche Behinderung, eine solche Verhinderung von fairem Wettbewerb und wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen gibt es nirgendwo anders, hat es bisher nirgendwo anders gegeben und ist nirgendwo anders in der Bundesrepublik Deutschland geplant.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Eine derartig kommunalfeindliche Haltung gibt es nur in Nordrhein-Westfalen bei der schwarzgelben Landesregierung.

Das heißt, zukünftig sind kommunale Unternehmen von einem Wettbewerb mit privaten Anbietern ausgeschlossen. Das bedeutet langfristig, dass Strom, Gas, Wasser, Nahverkehr und Müllentsorgung, aber auch Projektentwicklung, Wirtschaftsförderung, Wohnungswirtschaft

(Lachen von Minister Dr. Ingo Wolf)

– Sie lachen, Herr Wolf; auf Ihr Lachen komme ich gleich zurück – nur noch in den Händen privater Unternehmen liegen.

(Zuruf von der CDU: Alles Märchen!)

– Märchen? Wenn Sie einen Hintern in der Hose hätten, wären Sie draußen bei den 15.000 und würden denen mal Ihre Politik erklären, Herr Kollege. –

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dabei ignorieren Sie nämlich, dass kommunale Unternehmen längst in einem lokalen, regionalen, wenn nicht sogar europäischen Wettbewerb stehen. Wir wissen aus vielen Bereichen im europäischen Ausland, dass am Ende höhere Preise und schlechtere Qualität herauskommen, wenn Wettbewerb behindert, wenn Wettbewerb verhindert

wird, wenn öffentliche Daseinsvorsorge am Ende nur Oligopolen überlassen wird. Die Zeche dürfen die Bürger und die Unternehmen zahlen, die von Versorgung und Entsorgung abhängig sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Um es auf einen Nenner zu bringen, meine Damen und Herren von CDU und FDP: Nur wer vor diesem Wettbewerb Angst hat, verschärft § 107.

Ihr angeblicher Bestandsschutz, den Sie für bereits tätige Kommunen in das Gesetz aufnehmen, bedeutet nichts anderes, als Tod auf Raten, weil Unternehmen nicht daran gemessen werden, welche Umsätze sie heute erzielen, sondern welche Zukunftsfähigkeit sie besitzen. Wer Unternehmen Flexibilität raubt, nimmt sie letztendlich vom Markt.

In Kreistagen und Räten formiert sich mit Zustimmung von CDU und FDP Widerstand. Die Reaktionen sind sehr einmütig. Es ist in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen bisher nur sehr selten vorgekommen, dass vor diesem Landtag wie heute Zehntausende – Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam – demonstrieren. Das sollte Ihnen genauso zu denken geben – Herr Brockes, Sie schauen so – wie die Tatsache, dass sich das örtliche Handwerk als Auftragnehmer von kommunalen Unternehmen gegen Ihr Gesetzesvorhaben stellt. An der CDU-Basis rumort es allerorten. Ein CDU-Landesparteitag fordert die Umkehr.

Damit stellen sich gleich mehrere Fragen. Warum hält eine solche CDU-Landtagsfraktion verzweifelt wider besseres Wissen, wider eigenen Verstand einem solchen Referentenentwurf die Stange? Wie, meine Damen und Herren von der CDU-Landtagsfraktion, kann es sein, dass eine 6,3 %-Zwergenpartei Ihnen im Rahmen des Koalitionsvertrags 100 % ihrer Forderungen diktiert? Wer in Ihren Reihen hat eigentlich diesen Quatsch ausgehandelt?

(Christian Weisbrich [CDU] zeigt mit beiden Händen auf.)

Wer ist dafür verantwortlich, und warum, meine Damen und Herren von der CDU-Landtagsfraktion, lassen Sie sich am Nasenring durch die Manege führen?

Diese Fragen stellen sich. Die Antwort könnte lauten, meine Damen und Herren von der CDU-Landtagsfraktion, dass Sie vergessen haben, dass Sie einen Eid auf die Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen geleistet haben und nicht auf Ihren Koalitionsvertrag. Sie machen Folgendes: Sie sichern zulasten der Menschen in diesem

Land einen Koalitionsklüngel ab, statt zum Wohle dieses Landes zu handeln. Sie schauen im Gegenteil zu, wie sich eine 6,3 %-Partei für Ihren Koalitionsklüngel die kommunalen Unternehmen zur Beute macht.

Meine Damen und Herren, fairer Wettbewerb sieht anders aus.

(Christian Weisbrich [CDU]: Richtig!)

Ich beobachte mit Interesse das Verhalten der CDU-Landtagsfraktion; mein Kollege Körfges wird gleich namentlich ein paar Beispiele nennen. Es ist interessant anzuschauen, im Rahmen welcher politischen Evolution es bei Ihnen zu zwei Mutationen in Ihrer Fraktion gekommen ist.

Bei Ihnen gibt es zwei Spezies. Die eine Spezies fährt nach Hause in den Wahlkreis – zum Teil mit Ratsmandat, zum Teil mit Aufsichtsratsmandat – und wettet vor Ort gegen das eigene Gesetzesvorhaben.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Genau!)

Sie hebt aber hier brav die Hand, wenn es darum geht, der Verschärfung des § 107 zuzustimmen. Meine Damen und Herren, einige in Ihren Reihen haben eine Schizophrenie entwickelt, dass sie zwei Personalausweise beantragen könnten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und bei Ihnen gibt es noch eine andere Spezies; vor dieser habe ich wenigstens noch einen gewissen Respekt. Sie fährt nach Hause und verteidigt diesen Referentenentwurf. Von ihrer eigenen Basis, von den Unternehmen vor Ort, von den Gewerkschaften und von dem Handwerk erhält sie zwar nur Ohrfeigen, aber sie kehrt hierher zurück und hält brav die andere Backe hin. Die Schmerzfreiheit einiger Ihrer Kolleginnen und Kollegen ist in der Tat bewundernswert.

Zu guter Letzt, Herr Wolf, um es deutlich zu sagen: Sie haben heute Morgen aktuell ein Interview auf „WDR 2“ gegeben. Sie haben dort behauptet: Liebe Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen, alles bleibt beim Alten. Strom, Gas, Wasser werden weiterhin so erbracht.

Weil es die Geschäftsordnung nicht zulässt, dass man sagen darf, dass Sie lügen, tue ich es auch nicht. Aber ich werfe Ihnen vor, Herr Wolf, dass Sie einen höchst flexiblen Umgang mit der Wahrheit pflegen. Sie wissen nämlich ganz genau: Wenn Sie den Stadtwerken die Flexibilität nehmen, sich zu verändern, dann nehmen Sie sie letztendlich vom Markt. Sie werfen kommunales Eigentum Oligopolen vor die Füße, und das ist die

Wahrheit. Wir werden das in diesem Land zukünftig mit höheren Gebühren und schlechterer Qualität bezahlen müssen. Und das ist eine weitere Baustelle, Herr Wolf, die Sie uns als Minister hinterlassen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Jäger. – Als Nächster hat für die weitere antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Becker das Wort.

**Horst Becker (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich schaue mir die nahezu leere Kabinettsbank an und sehe dafür nur zwei Begründungen.

Die eine ist: Das Kabinett hat sich überwiegend zurückgezogen, weil es peinlich ist, was hier durch den Innenminister vertreten werden muss.

(Dietmar Brockes [FDP]: Gucken Sie in Ihre Reihen! Wo sind die Grünen?)

Die andere ist: Es interessiert das Kabinett nicht.

(Christof Rasche [FDP]: Wo ist Frau Löhrmann?)

Beide Möglichkeiten, Herr Kollege, sind weder für Sie noch für die Landesregierung ein Ruhmesblatt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

– Herr Kollege, damit Sie es wissen: Frau Löhrmann ist draußen und hält ein Grußwort. Und Sie hält es zu Recht, weil sie sich solidarisch mit den Demonstrantinnen und Demonstranten gegen Ihre Landespolitik verhält.

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie sind eine Zweimanntruppe oder wie? – Gegenruf von Britta Altenkamp [SPD]: Herr Brockes, wie viele sind Sie eigentlich? – Fortgesetzt Zurufe von der FDP – Widerspruch von der SPD)

– Frau Präsidentin, habe ich weiterhin das Wort?

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Becker, ich habe Ihnen das Wort nicht entzogen. Deswegen haben Sie weiterhin das Wort.

**Horst Becker (GRÜNE):** Die neue Landesregierung – so nennt sie sich selbst – sieht ganz schön alt aus. Es gibt nicht nur erste Kratzer, meine Damen und Herren. Vielmehr blättert schon jetzt der Lack.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Denn Ihre Selbstwahrnehmung und die Fremdwahrnehmung stimmen offensichtlich nicht mehr überein.

(Ewald Groth [GRÜNE]: So ist es!)

Anders kann man es nicht bezeichnen. Denn auf der einen Seite spielt sich der Ministerpräsident als Schutzpatron der Arbeiterinnen und Arbeiter, also der kleinen Leute, auf, und auf der anderen Seite findet hier eine der größten Demonstrationen aller Zeiten gegen eine Landespolitik, gegen eine Landesregierung statt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, draußen stehen weit mehr als 20.000 Menschen und protestieren gegen den selbsternannten Arbeiterführer und seine gelb-schwarze Landesregierung. Sie protestieren, weil unter dem bröckelnden schwarzen Lack ein diesbezüglich fieses Gelb zum Vorschein kommt. Es ist ein Gelb, das die CDU an vielen Stellen gegen die Vernunft stellt: mal beim LPVG, mal bei den Versorgungsämtern und zum Beispiel auch bei der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen und beim § 107.

Meine Damen und Herren, so manche von Ihnen sind in den letzten anderthalb Jahren aufgetreten und haben fröhlich erzählt, dass sich niemand aufregen solle. Alle hätten doch gewusst, wofür diese Koalition stehe. Ich bestreite das. Sie sehen draußen weit mehr als 20.000 Menschen. Angesichts dessen, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Ihrer eigenen Partei gegen Ihre Landespolitik protestieren, glaube ich, dass denen vorher nicht klar war, was Sie mit dieser FDP durchzusetzen beabsichtigen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, wundern Sie sich eigentlich nicht darüber, dass Ihr Parteifreund Walter Reinartz aus Köln die Hauptrede hält? Wundern Sie sich nicht darüber, dass Sie der Bürgermeister Napp öffentlich schärfstens dafür kritisiert, was Sie hinsichtlich der Wohnungswirtschaft durch den veränderten § 107 anstellen?

(Dietmar Brockes [FDP]: Gerade der Napp!)

Wundern Sie sich eigentlich nicht, dass insgesamt ein breiter kommunalpolitischer Widerstand aus Ihren Reihen gegen diese Pläne der FDP und leider auch der gesamten Landesregierung zustande kommt? Reichen Ihnen die weit mehr als 20.000 Menschen, die draußen demonstrieren, nicht? Und bei welcher Zahl würden Sie sich eventuell dazu bewegen lassen, von diesen unsinnigen Plänen Abstand zu nehmen?

(Christian Weisbrich [CDU]: 18 Millionen!)

– 18 Millionen? Also der gesamten Bevölkerung Nordrhein-Westfalens? Vorher würden Sie sich nicht davon überzeugen lassen? – Herr Weisbrich, das ist eine interessante Aussage.

Meine Damen und Herren, ab welcher Zahl – abseits der von Herrn Weisbrich genannten – würden Sie sich dazu bewegen lassen – die FDP will schließlich nur den Skalp von Stadtwerken, von kommunalen Wohnungsunternehmen, von diversen Verkehrsgesellschaften, denen in Zukunft die Quersubventionen fehlen –, sich der Vernunft zu beugen, die Ihnen die kommunalen Spitzenverbände entgegenhalten, die Ihnen der Verband der kommunalen Unternehmen entgegenhält und die Ihnen sogar die Industrie- und Handwerkskammern entgegengehalten? – Denn auch dort ist man mit dem jetzt vorgelegten Gesetzestext nicht einverstanden. Es ist ja kein Zufall, dass momentan ausgerechnet von dort aus zusammen mit dem Städtetag versucht wird, Ihren Gesetzentwurf beim § 107 wenigstens ein Stück weit abzuschwächen und zu entschärfen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Blödsinn!)

– Sie werden es sehen.

Meine Damen und Herren, was muss bei Ihnen passieren, damit Sie in Zukunft weiter zulassen, dass die monopolistische Struktur im Abfallentsorgungsbereich auch weiterhin durch Rekommunalisierung in jeder Art und Weise wieder wettbewerbsfähig im eigentlichen Sinne wird und so verhindert, dass Monopolisten überhöhte Gewinne bei Bürgerinnen und Bürgern abschöpfen? Was muss bei Ihnen passieren, damit Sie diesen vorgegaukelten Bestandsschutz, von dem Ihnen alle Fachleute sagen, dass er das Papier nicht wert ist, auf dem Sie das niederschreiben –

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

denn Sie wollen keinen wirklichen Bestandsschutz –, zurücknehmen und klarmachen, dass Sie einen echten Bestandsschutz meinen und nicht den Tod auf Raten?

(Beifall von den GRÜNEN)

Wie weit, meine Damen und Herren, wollen Sie sich eigentlich bei der früheren Kommunalpartei CDU noch von ihrer kommunalpolitischen Basis entfernen? Wie viele Resolutionen soll es aus den Stadt- und Gemeinderäten, wie viele Resolutionen soll es aus den Kreistagen eigentlich noch gegen diese Politik geben?

Ich hoffe für unsere Fraktion, ich hoffe für die Unternehmen, und ich hoffe für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber ich hoffe auch für die vielen Vernünftigen, die es bei Ihnen in der Kommunalpolitik gibt, dass Sie sich von diesen Plänen noch abbringen lassen und im Gegensatz zu den Zwischenrufen der FDP mindestens auf das Bemühen des Städtetages, der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern eingehen, die Ihnen sagen, dass das, was Sie machen, völlig überzogen ist und dass alles das, was Sie vorgeben, in Zukunft durch das Gesetz verhindern zu wollen, auch mit dem heutigen Gesetz verhinderbar ist.

Meine Damen und Herren, in dieses Bild passt, dass sich dieser Innenminister an der Stelle – ich will es freundlich formulieren – so weit vergaloppiert, dass er in einem Interview, das er heute Morgen in WDR 5 gegeben hat, als Beispiel dafür, was man bekämpfen müsse, anführte: Busreparaturunternehmen der öffentlichen Hand, die möglicherweise andere Aufträge annehmen könnten.

Meine Damen und Herren, daran ist mehreres bemerkenswert! Erstens: Das existiert in dieser Form nicht. Zweitens: Reparaturen für private Kunden sind mit dem heutigen Gesetz durch die Kommunalaufsicht jederzeit zu stoppen. Drittens. Der Innenminister kennt die Gesetze nicht ausreichend. Sonst würde er das nicht als Argumentation gebrauchen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Biesenbach das Wort.

**Peter Biesenbach (CDU):** Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will diese Form der Ansprache wählen, denn sie ist neutraler, Frau Löhrmann – warum, werden Sie gleich merken.

Über die Fassung des Gemeindefinanzrechts wird hier im Landtag ja eigentlich in periodischen Zeitabständen immer wieder debattiert.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Weil es offensichtlich den Menschen unter den Nägeln brennt!)

– Ist das jetzt ein erheblich neues Faktum, das dazu beiträgt?

(Gisela Walsken [SPD]: Nein! Das interessiert Sie nicht? Alles klar!)

Dann gehe ich jetzt einmal direkt in medias res. Wir, Herr Rimmel und Herr Becker und Herr Jäger, nehmen die Menschen, die da draußen stehen, ernst.

(Lebhafte Zurufe von der SPD: Oh!)

Das aber, was Sie machen,

(Ralf Jäger [SPD]: Wir schenken Ihnen die Redezeit! Gehen Sie einmal nach draußen!)

ist genau das, was der Kollege Dr. Rudolph jetzt eben mit sizilianischem Verhältnis zur Wahrheit meinte. Das, was Sie machen, ist ein verlogenes Spiel.

(Gisela Walsken [SPD]: Vorsichtig!)

– Ich nehme die Rüge gleich entgegen. – Das, was Sie hier machen, kann entweder nur wider besseres Wissen sein, oder Sie zeigen, dass Sie vom Gemeindefirtschaftsrecht auch nicht die blasseste Ahnung haben.

(Beifall von CDU und FDP – Horst Becker [GRÜNE]: Gilt das auch für die CDU-Bürgermeister?)

– Herr Becker, ich habe Sie bis jetzt immer eingeschätzt ...

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Liebe Kollegen, ich möchte den Einwand des Kollegen Becker insofern aufgreifen, dass auch wie für ihn vorhin gilt, dass ich dem Kollegen Biesenbach nicht das Wort entzogen habe und er es damit ganz überwiegend in diesem Hause auch hat.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

**Peter Biesenbach** (CDU): Ich nehme das gleich entgegen. Ich will auch sagen, warum. Lassen Sie es mich doch ganz einfach begründen. Sie haben heute hier beide, Herr Jäger und auch Sie, Herr Becker, dargestellt, dass just die Tätigkeiten im Abfallbereich und alle die Dinge, die in den § 107 Abs. 2 passen, künftig einer Beschränkung unterliegen. Das kann nur jemand behaupten, der nie ins Gesetz gesehen hat, oder er kann es nur wider besseres Wissen tun.

(Beifall von der CDU)

Sie sprechen davon, wir trieben Stadtwerke in den Tod. Das ist genau diese eigentlich verwerfliche Art, mit den Ängsten der Menschen umzugehen.

(Beifall von der CDU)

Sie verunsichern doch draußen die Mieter. Sie verunsichern die Stromkunden. Sie verunsichern die Patienten in den Krankenhäusern. Sie spielen

unverantwortlich mit den Existenzängsten der Menschen, die in den Stadtwerken beschäftigt sind. Denn alle die Tätigkeiten, die Sie genannt haben, sind von der vorgeschlagenen Änderung überhaupt nicht betroffen.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Biesenbach, gestatten Sie eine Zwischenfrage sowohl des Kollegen Jäger als auch des Kollegen Becker?

**Peter Biesenbach** (CDU): Da ich sie in der Qualität vermute wie die Beiträge, sage ich Nein. – Ihr Verhalten – ich bleibe bei dieser Schärfe – mit dem Spiel mit den Ängsten kann ich nur als schäbig bezeichnen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

– Herr Becker, auch Ihres. Alles, was die Diskussionen auslöst, und alles, was die Demonstrationen auslöst, wird von der Änderung überhaupt nicht betroffen.

(Zurufe von der SPD)

Die Stadtwerke lassen Busse und Bahnen fahren. Sie versorgen Bürger mit Strom, Gas und Wasser. Sie betreiben Wohnungsbau. Sie betreiben praktisch den gesamten Bereich des öffentlichen Lebens. Daran wird sich nichts ändern.

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Dafür ist keine Änderung vorgesehen. Das gestehen sogar die Stadtwerke ein. Ich darf zitieren: Die bisherigen Aktivitäten – so der Leiter der Stadtwerke Dortmund – dürfen wir weiter verfolgen. Nur das reicht nicht aus. Alles, was der Daseinsvorsorge dient, bleibt in vollem Umfang erhalten.

Wenn Sie sich einmal den Bestandsschutz ansehen, dann sehen Sie hier auch die ganz normale gesunde Weiterentwicklung.

(Ralf Jäger [SPD]: Zitieren Sie weiter! Sie haben zwei Sätze weggelassen!)

In den gesetzlich liberalisierten Bereichen der Daseinsvorsorge sind die angemessene Weiterentwicklung und die marktgerechte Ergänzung angestammter Tätigkeitsfelder zulässig. Was wollen Sie mehr? Auch die Erweiterung der Dinge, die nicht bereits zum klassischen Geschäft gehören, gehört dazu. Das wissen auch die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, und deswegen auch meine Wertung.

Worum es in der Diskussion wirklich geht, verschweigen Sie. Das wird auf der Website des VKU, des Verbandes Kommunalen Unternehmen, deutlich. Dort können Sie lesen: Was private Unternehmen dürfen, müssen Stadtwerke auch künftig dürfen. Jegliche Einschränkung passt in keinen Wettbewerbsmarkt und gehört aufgehoben.

(Ralf Jäger [SPD]: Was dürfen die denn nicht?)

Sehen Sie sich dazu nur einmal die Stellungnahmen etwa des nordrhein-westfälischen Handwerkstages an, die Sie selber zitiert haben. Ich will aus einer zitieren:

„Wie wir erfahren, ist der Grund für die flächen-deckende Kampagne der Stadtwerke NRW in einer völlig neuen Konzeption für die Stadtwerke der Zukunft zu suchen.“

(Zustimmung von Dietmar Brockes [FDP])

In einem uns zugegangenen Gutachten, das vom Verband Kommunalen Unternehmen in Auftrag gegeben wurde, „Stadtwerk der Zukunft“ wird empfohlen, dass sich die Stadtwerke zu umfassenden Infrastrukturdienstleistungen insbesondere im Bereich Bauhof und Gebäudedienste profilieren.

(Dietmar Brockes [FDP]: Hört, hört!)

Die Wettbewerbsaktivitäten im Energiemarkt, auf die Sie einen solchen Wert legen, sollen reduziert werden. Das ist die Wahrheit, die Sie verschweigen.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie reden von Dingen, die völlig neben der Sache liegen.

Ich darf noch einmal den Handwerkstag NRW zitieren:

„Dies macht deutlich, dass es nach Vorstellung der Stadtwerke nicht um einen Bestandsschutz bisheriger Stadtwerkeaktivitäten geht, sondern um eine Expansion in neue lukrative Geschäftsfelder, die in Konkurrenz zum Handwerk steht.“

Sie werden das wiederfinden, indem Sie einfach nur lesen, was der Leiter der Dortmunder Stadtwerke sagt:

(Ralf Jäger [SPD]: Er demonstriert gerade draußen!)

Wir wollen den Gang über neue lukrative Geschäftsfelder.

(Ralf Jäger [SPD]: Er steht draußen und demonstriert! – Gegenrufe von der CDU)

– Herr Jäger, es wird nicht besser, wenn Sie laut werden. Fakt ist seine Aussage, die nie bestritten wurde. Fakt ist die Aussage des Handwerkstages. Sie selbst beschreiben und zitieren die Stellungnahmen!

(Ralf Jäger [SPD]: Lassen Sie meine Zwischenfrage zu!)

Sie machen doch nur deutlich, dass Sie mit weiterem Lärm verhindern wollen, dass wir uns mit Ihren Aussagen wirklich auseinandersetzen.

(Ralf Jäger [SPD]: Lassen Sie meine Zwischenfrage zu, Herr Biesenbach!)

Sie haben nicht ein einziges Mal zu der wirklichen Änderung Stellung genommen. Alles, was Sie sagten, ist falsch. Das wiederhole ich: Es ist falsch! Dr. Rudolph würde sagen: Das ist Ihr sizilianisches Verhältnis zur Wahrheit.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Das haben wir schon einmal erlebt, und bei der Klassifizierung können wir gern auch hier bleiben!

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist politischer Autismus! – Weitere Zurufe)

Worum geht es wirklich? Wir sagen Nein zu kommunalen Töchtern, die sich mit der Verwertung von Altautos in Finnland beschäftigen wollen.

(Zurufe)

Wir sagen Nein zu dem Wunsch von Stadtwerken, Telefoninstallationen vornehmen zu dürfen. Wir wollen kein kommunales BenQ, Herr Becker!

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir wollen keine Stadtwerke, die bundesweit mit IT-Firmen konkurrieren, etwa mit dem Ansinnen, im Wettbewerb zu bestehenden Unternehmen Softwareprogramme von Rechenzentren entwickeln zu lassen, die Maschinenbauprozesse steuern.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Wir sagen auch Nein zu einer bundesweit tätigen Konkurrenz von Stadtwerken zu Beratungsfirmen, etwa zur Restrukturierung von privaten Unternehmen, weil sie es bei öffentlichen geübt und gelernt haben.

Wir sagen auch Nein, wenn Stadtwerke als Immobilienmakler oder Bauträger spekulativ auf dem Markt tätig sein wollen. Darum geht es; das sind unsere Punkte.

(Beifall von CDU und FDP)

Alles andere, werte Kolleginnen und Kollegen, wird überhaupt nicht beeinträchtigt, wie Sie bei einer sachlichen Auseinandersetzung zugestehen müssen. Alle Stadtwerke haben auch eine Entwicklungschance auf neuen Feldern.

Das beginnt bei Krankenhäusern, die sich bundesweit zusammenschließen können. Sie können bundesweit Einkaufsgemeinschaften bilden. Sie dürfen Servicegesellschaften gründen, die Schulen und öffentliche Altenheime mitversorgen dürfen – alles, was sie sich wünschen. Das ist überhaupt kein Problem. Sie sind bei der Bildung von PPP-Modellen nirgendwo eingeschränkt. Das ist unser Verständnis von Daseinsvorsorge.

Stadtwerke dürfen sich an Kraftwerken beteiligen; sie dürfen sie sogar bauen, wenn es dazu dient, ihre Bevölkerung zu versorgen. Wir wollen nur nicht, dass Stadtwerke London mit Strom versorgen. Dazu sind sie nicht da.

Sie dürfen Contracting-Modelle anbieten und alles, was sie wollen, wenn es kooperativ mit dem Handwerk geschieht. Das ist traditionell der Gedanke: Bis zur Übergabestelle, also bis zum privaten Grundstück ist es öffentlich, und damit ist es Stadtwerk. Danach beginnt das Handwerk. So soll es auch bleiben.

Im Nahverkehr gibt es überhaupt keine Bedenken, wenn Stadtwerke sagen: Wir wollen von unserer Stadt bis Berlin eine Bahnstrecke betreiben. – Wir wollen nur nicht, dass sie danach die Bahnstrecke von Berlin bis Moskau weitertreiben; das ist keine kommunale Aufgabe.

(Heiterkeit von der SPD – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Herr Körfges, darum sage ich, Sie haben ein sizilianisches Verhältnis; das wiederhole ich wörtlich.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Alles, was heute möglich ist, kann mit einer gesunden Entwicklung gemacht werden. Sie werden mit Ihrem Theater nicht erreichen, die Stadtwerke zu beeinträchtigen. Seit mehr als 150 Jahren haben wir Stadtwerke. Wir haben heute blühende Stadtwerke. Wir werden auch in Jahrzehnten noch gut funktionierende Stadtwerke haben!

(Frank Sichau [SPD]: Falsch! Falsch, Herr Biesenbach!)

In diesem Sinne werden wir für die Basis sorgen, damit sie sich weiterentwickeln können.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie sind der Totengräber der Stadtwerke!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Brockes das Wort.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt's!)

**Dietmar Brockes (FDP):** Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Jäger! Wenn Sie sich hier hinstellen und von fairem Wettbewerb reden, der angeblich derzeit herrscht, zeigt das nur eines: Sie haben von der Wirklichkeit keine Ahnung!

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Aha!)

Meine Damen und Herren, die Landtagsfraktionen von CDU und FDP haben bereits in der vergangenen Legislaturperiode gefordert, dass die kommunale wirtschaftliche Betätigung wieder auf ein für die öffentliche Daseinsvorsorge notwendiges Maß zurückgeführt wird.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Mit dieser klaren Botschaft sind CDU und FDP im Jahr 2005 vor die Wähler getreten.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Da hat die FDP die Hälfte ihrer Mandate verloren!)

Unseren ordnungspolitischen Grundsätzen folgend haben wir im Koalitionsvertrag der privaten Leistungserbringung Vorrang vor der Leistungserbringung durch die öffentliche Hand eingeräumt.

Als Koalition der marktwirtschaftlichen Erneuerung rücken wir den Mittelstand mit der Neufassung der Gemeindefinanzrechte wieder in das Zentrum der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen. Das ist ein großer Unterschied zu Ihnen, denn den Mittelstand erwähnen Sie vielleicht gerade noch in den Sonntagsreden – mehr auch nicht.

Meine Damen und Herren, es entspricht eben nicht unserer Wirtschaftsordnung, dass der Staat ausgestattet mit dem Geld der Steuerzahler wirtschaftlich aktiv wird und privaten Unternehmen Aufträge streitig macht. Deshalb werden wir der in den vergangenen Jahren erfolgten Expansion der öffentlichen Hand auf private Märkte ein Ende bereiten.

Das Kerngeschäft der Städte bei der Daseinsvorsorge wird hingegen nicht angetastet. An den besonders gewinnträchtigen Bereichen der Energie- und Wasserversorgung gibt es faktisch keine Ver-

schärfung. Das Gleiche gilt für den Katalog der fiktiv nicht wirtschaftlichen Betätigung des § 107 Abs. 2. Schließlich gibt es eine weitreichende Bestandsschutzregelung, die plötzliche und erhebliche Einnahmeverluste der Kommunen verhindert.

Meine Damen und Herren, es mutmaßt allerdings schon abenteuerlich an, in welchen Geschäftsfeldern sich die Kommunen und Stadtwerke in den vergangenen Jahren breitgemacht haben. Hier seien als Beispiele zu nennen: Reisebüros, Nagelstudios, Gartenbau, Autorecycling und Autoreparatur, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, Consulting und Ingenieurdienstleistungen, Gebäudemanagement, Anlagen-Contracting, Energiekostenabrechnung für private Wohnungsbau-gesellschaften und Verwalter von Liegenschaften.

(Britta Altenkamp [SPD]: Sie wissen richtig Bescheid! Ich merke schon!)

Dass die städtischen Unternehmen hierbei besonders die zahlreichen Handwerksbetriebe in arge Bedrängnis gebracht haben, lässt sich aus dieser Aufzählung unschwer ableiten.

Wie weit und umfassend öffentliche Daseinsvorsorge nach der derzeitigen und von der Opposition vehement verteidigten Lage offensichtlich interpretiert wird, zeigt uns ein Beispiel der Stadtwerke Bielefeld.

(Der Redner hält ein Blatt hoch.)

Herr Kollege Jäger, das möchte ich Ihnen gleich gerne einmal zeigen. „Die Energie, die Party-Laune schafft.“ Stadtwerke Bielefeld:

„Für Partylaune sorgt unser Party-Paket mit Bistro-Stehischen und Schirmen, Heizstrahlern, Zapfanlage, Gasgrill und Brenngas.“

(Horst Becker [GRÜNE]: Und was macht der Innenminister? Der macht nichts!)

Herr Kollege Becker, wir können froh sein, dass sie keine eigene Kantine haben – sonst würde man die Würstchen und das Bier gleich noch mitgeliefert bekommen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Woher wissen Sie das?)

Das ist die Wirklichkeit, wie wir sie im Moment erleben. Dem werden wir den Garaus machen.

Meine Damen und Herren, bei allem Verständnis für das Anliegen der Kommunen, sich aufgrund der angespannten Haushaltslage neue Einnahmequellen zu erschließen: Damit ließe sich letztlich eine völlig unbegrenzte wirtschaftliche Betätigung des Staates begründen. Dies ist nicht nur

aus ordnungspolitischer Sicht abzulehnen, sondern auch mit erheblichen Nachteilen und Gefahren für die Kommunen selbst verbunden.

Es ist ein Gebot der kommunalen Entscheidungsträger, mit dem Geld ihrer Bürger sorgfältig umzugehen. Daraus folgt, dass sie bei sämtlichen Investitionsentscheidungen – hierzu zählt eindeutig auch der Aufbau eines neuen Geschäftsfeldes – generell verpflichtet sind, unverantwortliche Risiken zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, viel zu oft haben sich kommunale Unternehmen vor dem Hintergrund eines fehlenden Konkursrisikos in waghalsige finanzielle Abenteuer gestürzt – zum Schaden der Steuerzahler. Deshalb muss man einige Entscheidungsträger vor sich selbst schützen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Als nächster Redner spricht für die Landesregierung Herr Minister Dr. Wolf.

**Dr. Ingo Wolf, Innenminister:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies ist ein weiterer untauglicher Versuch der Opposition, zur Unzeit eine Diskussion anzuzetteln, nämlich vor Einbringung des Gesetzentwurfs in den Landtag.

(Lachen von der SPD)

Das können Sie machen, meine Damen und Herren. Wir werden natürlich auch gerne mit Ihnen darüber debattieren. Nur: Es nutzt nichts. Sie sollten den Beratungsgang in aller Ruhe abwarten. Ich glaube, Sie haben dann Chancen, dass Ihre Argumente bis dahin zumindest noch ein bisschen der Prüfung unterzogen werden. Was Sie vorgebracht haben, waren weitestgehend Beiträge zur Desinformation. Ich glaube, dass wir Ihnen an dieser Stelle wie auch beim vorherigen Tagesordnungspunkt nicht auf den Leim gehen werden. Sie wollen schlichtweg Unfrieden in die Koalition hineinbringen, obwohl es eine abgestimmte Kabinettsvorlage gegeben hat. Diese Kabinettsvorlage ist bei der Verbändeanhörung gewesen. Sie geht jetzt in einen zweiten Turn zur nächsten Kabinettsentscheidung. Dann werden wir uns im Parlament damit beschäftigen.

Nur weil Sie eben wieder einiges berichtet haben, was nicht wahr ist, will auch ich, ohne alle Beiträge zu wiederholen, einige Punkte klarstellen. Sie

haben ja offensichtlich alle heute Morgen mein Interview gehört – um 7:05 Uhr. Das ist erfreulich.

(Britta Altenkamp [SPD]: Was ist daran erstaunlich: 7:05 Uhr oder der Inhalt?)

Es ist eindeutig so, dass das dort zitierte Beispiel der Stadt Bochum nicht trägt. Wenn die Stadt Bochum ihre Bürger bisher zu 10 % aus Eigenerzeugung mit Strom versorgt und das auf 30 oder 50 % steigern will, sage ich: Bingo, das darf sie. Das wird sich auch unter dem neuen Recht nicht ändern. Es wird hier mit Ängsten gespielt, obwohl alle – das unterstelle ich einmal –, die sich auch auf der Oppositionsseite ein bisschen mit dem Thema beschäftigen, wissen, dass § 107 Abs. 2 an dieser Stelle herauszunehmen ist. Er ist nicht betroffen. Wer die Versorgung mit dem Nötigsten, nämlich mit Wasser und Energie, leisten will, kann das auch weiterhin tun.

(Britta Altenkamp [SPD]: Abwarten!)

Es gibt diese Betätigungsfelder für die Kommunalwirtschaft auch in der Zukunft.

Weil Sie auch hier wieder Szenarien malen, dramatisieren – natürlich auch ein Stück interessen geleitet –, sage ich Ihnen: Was haben Sie uns nicht alles bei parallelen Reformvorhaben vorhergesagt, und was ist hinterher daraus geworden? Das kennen wir doch, es läuft jedes Mal so. Wegfall der Schulbezirke, Untergang des Abendlandes! Inzwischen melden sich die Städte freiwillig und wollen es vorher machen. Ladenöffnungsgesetz abgeschafft! Wo ist das Drama, das Sie vorhergesagt haben? Lassen Sie doch einfach einmal die Reformen wirken, die natürlich ihren guten Grund haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist doch von Herrn Kollegen Biesenbach genauso wie von Herrn Kollegen Brockes in anschaulicher Weise deutlich gemacht worden, dass es in der Vergangenheit Missbrauch gegeben hat und dass natürlich die Besorgnis besteht, dass es ihn in der Zukunft gibt. Wir wollen uns beispielsweise bei der Frage der Subsidiaritätsklausel an Länder wie Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz anpassen, wo es vergleichbare Subsidiaritätsklauseln gibt, die besagen: Stadtwerke sollen ein besonderes Bedürfnis haben müssen, damit sie sich wirtschaftlich betätigen dürfen.

Das bezieht sich aber ausdrücklich nicht auf das, was im öffentlichen Diskurs ist, nämlich Energieversorgung, Wasserversorgung, Wohnungswirtschaft, Verkehrswirtschaft. Dort sind sie selbstverständlich in der Lage, ihren Bürgern nach wie

vor das zu leisten, was sie auch heute zu leisten imstande sind. Deswegen wäre es wichtig, diejenigen, die draußen demonstrieren oder sonst ihren Widerstand artikulieren, zu sagen, dass wir in einen Diskurs darüber eintreten, was sich wirklich ändert, und deutlich zu machen, dass wir Auswüchse verhindern wollen, aber nicht an die Grundfeste der Kommunalwirtschaft gehen.

Wir alle wissen, wie wichtig gerade auch Daseinsvorsorge vor Ort ist. Es geht darum, Exzesse zu verhindern. Dazu dienen die Gesetzesverschärfungen, die so oder in ähnlicher Form in vielen anderen Kommunalverfassungen auch zu finden sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Kollege Körfges das Wort.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin gelinde gesagt bestürzt über die Argumente oder vielmehr über die Versuche, Argumente vorzutäuschen, die hier seitens der Vertreterinnen und Vertreter der Regierungskoalition unternommen werden.

Ich weiß genau, Kollege Biesenbach, wenn die CDU inhaltlich sprachlos ist, dann müssen Sie ran. Sie machen dann eine pauschale Beschimpfung von allem und jedem, verkneifen sich jedes Argument in der Sache und meinen dann, Sie hätten einen guten Job gemacht. Ich würde Ihnen empfehlen: Unterhalten Sie sich doch bitte mit Ihren Kolleginnen und Kollegen aus der CDU, die vor Ort all das, was hier als „schäbige Stimmungsmache“, als „Beschimpfungen“ bezeichnet worden ist, vertreten. Sagen Sie das doch Ihren eigenen Leuten!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Denn die Argumente, die wir zitieren, stammen zum großen Teil von CDU-Kommunalpolitikerinnen und -Kommunalpolitikern.

Ich frage mich wirklich für wie harmlos Sie nicht nur uns, sondern Zehntausende von Menschen, die ihre Betroffenheit zeigen, halten, wenn Sie sagen: Wir ändern doch eigentlich gar nichts! – Also, meine Damen und Herren, all das, was hier als Exzesse beschrieben worden ist – und ich weiß, dass der Kollege Biesenbach, der Herr Innenminister und viele andere über ein gewisses juristisches Grundwissen verfügen –, all das, was Sie beschrieben haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, ließe sich mit der gegenwärtigen Gemeinde-

ordnung des Landes Nordrhein-Westfalen absolut wirksam ausschließen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Der Minister macht aber nichts, weil er das Gesetz ändern will!)

Von daher sind Sie immer noch die Antwort darauf schuldig geblieben, welche Ziele Sie wirklich mit dieser Änderung verfolgen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Da ist der Beitrag des Kollegen Brockes ziemlich zielführend. Inhaltlich, bezogen auf die Leistung unserer öffentlichen Unternehmen, kommt nichts, aber bezogen auf den ideologischen Background eine ganze Menge: Ordnungspolitik, meine Damen und Herren, neoliberale Phrasen, die hier abgedroschen werden, und zwar zum Schaden unserer kommunalen Betriebe und Unternehmen! Ich habe nicht nur heute, sondern insgesamt in der Debatte kein einziges Argument wahrnehmen können, das sich auf die Leistung, auf die Qualität, auf die Wettbewerbsfähigkeit und auf die Arbeitsplätze vor Ort und auch auf den örtlichen Mittelstand bezieht.

Wir haben uns der Mühe unterzogen und in der Fläche diskutiert. – Ich habe mir sagen lassen, der Kollege Engel hat das in meiner Stadt Mönchengladbach auch getan. Der Erfolg lässt sich in der Zeitung nachlesen, meine Damen und Herren. – Wir haben auf unseren Veranstaltungen sehr viele Handwerksmeister, Kreishandwerksmeister, mittelständische Unternehmen gehabt, die uns gesagt haben: Lasst bloß die Finger von der Kommunalwirtschaft! Das sind unsere wichtigsten Partner, unsere wichtigsten Auftraggeber! – Meine Damen und Herren da schaden Sie denjenigen, die Sie angeblich in Schutz nehmen, mit Ihrer Politik!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie sich einmal interessiert der Frage zuwenden, wer denn alles neben kommunalen Spitzenverbänden und neben Gewerkschaften – sicherlich spielt da auch ein eigenes Interesse eine Rolle – mit uns gemeinsam gegen Ihr Vorhaben ist, dann werden Sie ganz leicht erkennen, dass es eine ganze Reihe von Hauptverwaltungsbeamten der CDU sind, die sicherlich einer sozialistischen Ideologie nicht verdächtig sein können.

Wenn Herr Sauerland, der Duisburger Oberbürgermeister, sich gerade vor dem Landtag von den Demonstranten begrüßen lässt, wenn der Krefelder Oberbürgermeister in meiner Anwesenheit dem Herrn Innenminister vorwirft, er solle die Finger von § 107 lassen, wenn der Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal – die Aufzählung wäre zu lang; ich habe die Redezeit nicht mehr, meine

Damen und Herren –, wenn ganz viele Hauptverwaltungsbeamte aus dem Bereich der CDU sagen: „Bitte, lasst die Finger davon!“, dann muss Ihnen das zu denken geben.

Ich habe mich der Mühe unterzogen, in den veröffentlichten Biografien einmal nachzusehen, wer von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, eine doppelte Identität mit sich herumträgt. Es gibt nämlich fast 30 Kolleginnen und Kollegen, die vor Ort in kommunalen Fraktionen tätig sind und Aufsichtsratspositionen in kommunalen Unternehmen übernommen haben. Es gibt mehr als 20 CDU-Kolleginnen und -Kollegen, die unmittelbar an Ratsresolutionen gegen die Änderung des § 107 beteiligt waren.

Kollege Schittges, es ist doch gelebte Schizophrenie, dass Sie in Krefeld gegen diese Landesregierung Front machen und sich hier unerkannt vom Acker machen wollen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn ich sehe, dass der geschätzte Kollege Wilp, Mitglied des Ausschusses für Kommunalpolitik, Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Rheine GmbH, der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH, der Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH, der Rheiner Bäder GmbH ist – ich habe nicht die Zeit, die ganzen Aufsichtsratspositionen aufzuzählen –, dann kann doch so jemand nicht hingehen und vor Ort kommunale Interessen in kommunalen Unternehmen vertreten und hier die Augen zumachen!

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Körfges, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schittges?

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Wenn er sich entschuldigen will für sein Verhalten – gerne.

(Heiterkeit und Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte sehr, Herr Kollege Schittges.

**Winfried Schittges (CDU):** Sie wissen, dass ich Dialoge mit Ihnen sehr schätze, und Widerspruch lassen Sie ja auch gerne zu. – Sind Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, Herr Kollege Körfges, dass es gestern zwischen den niederrheinischen Fraktionsvorsitzenden der CDU und dem Minister für Finanzen und zahlreichen Kollegen der niederrheinischen Gruppe ein informatives Gespräch zu § 107 gab, das mehr als breite Zustimmung auch

seitens der Kritiker gefunden hat? Sind Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?

(Gisela Walsken [SPD]: Die Kritiker durften doch gar nicht kommen!)

**Hans-Willi Körfges** (SPD): Ich bin bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie gesprochen haben. Ich befürchte nur, dass die Ergebnisse nicht so sind, dass wir sie wohlwollend zur Kenntnis nehmen können, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber ich habe über den Kollegen Brakelmann noch etwas zu verlieren. Der Kollege aus der CDU-Fraktion ist Betriebsrat bei den Stadtwerken in Wuppertal und vertritt dort Arbeitnehmerinteressen.

**(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wie intensiv muss man in seiner Selbstwahrnehmung befangen sein, wenn man auf der einen Seite in Wuppertal sagt: „Lasst die Finger von unserem Unternehmen“, und sich auf der anderen Seite hier in die Büsche schlägt, wenn es tatsächlich darum geht, die Interessen der heimischen Unternehmen zu vertreten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur eins sagen: Das, was sich heute vor dem Landtagsgebäude ereignet hat, wäre nicht möglich, wenn es eine parteipolitisch organisierte Veranstaltung wäre. Da zeigen die Menschen zu Recht und mit guten Argumenten, unterstützt von vielen Politikerinnen und Politikern aus der CDU, Angst vor Ihrer Politik, meine Damen und Herren. Diese Angst teilen wir. Von daher stellen wir uns an die Seite der Betroffenen und werden für den Erhalt der Kommunalwirtschaft weiter fechten. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Kollege Körfges. –Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Engel.

**Horst Engel** (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jäger, Herr Körfges, Herr Becker, die geschätzten Kollegen von der Opposition und derzeit allein die interessengesteuerten Stadtwerke haben scheinbar vergessen, dass die Haupteinnahmequelle des Staates zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben Steuern und Abgaben sind.

(Beifall von der FDP)

Diese belasten die Bürgerinnen und Bürger und auch die Unternehmen, den Mittelstand. Wenn sich die Gemeinden wirtschaftlich betätigen, so müssen sie immer Steuergelder in die Hand nehmen. Am Ende bezahlen sie sogar die Zeche. Das wissen auch Sie. Von der Staatsquote und dass jeder zweite Euro durch öffentliche Hände geht, will ich gar nicht reden. Das kennen Sie ja alles schon.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie reden ganz anders als Herr Biesenbach!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bürger tragen somit faktisch das Risiko. Das Gemeindefinanzrecht verlangt deshalb seit seiner Einführung – und das war immer so –, dass ein wirtschaftliches Handeln nur dann erfolgen darf, wenn es der Gemeinschaft und somit dem dringenden öffentlichen Zweck dient und nicht allein Zweck die Gewinnerzielung ist.

Expansion, um Einnahmen der Stadtwerke zu steigern, war niemals öffentlicher Zweck und wird niemals dringender öffentlicher Zweck. Die Stadtwerke versuchen indes, diese Historie auszublenden und systematisch zu verschleiern, dass die Bereiche der Daseinsfürsorge überhaupt nicht von der Reform betroffen sind bzw. sich diese faktisch in diesem Tätigkeitsbereich gar nicht auswirkt.

Sämtliche Angstmacherei, die Schilderung von Horrorszenarien und die Verbreitung einer Endzeitstimmung – siehe die Demonstration draußen – sind abenteuerrich. Und die Regelung über den umfassenden Bestandsschutz würde sofort unter den Tisch fallen, weil man sich damit selber aushebeln würde. Faktisch führt die Wiedereinführung des Erfordernisses des dringenden öffentlichen Zwecks, das, Herr Jäger, Herr Körfges und Herr Becker, in Nordrhein-Westfalen seit 1952 bis zur GO-Reform von 1999 somit durchgehend über 40 Jahre lang galt, zu einer erhöhten Begründungshürde der jeweiligen Gemeinde. Sie muss sich verstärkt – und das wollen wir – selbst fragen, ob der mit der wirtschaftlichen Betätigung verfolgte Zweck tatsächlich so dringend ist, dass eine eigene wirtschaftliche Betätigung erforderlich ist.

Auch eine Subsidiaritätsklausel kennt die Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen seit langer Zeit. Von 1952 bis 1994 war es neben dem Erfordernis des dringenden öffentlichen Zwecks notwendig, dass dieser durch andere Unternehmen nicht besser oder wirtschaftlicher erfüllt werden kann. Diese sogenannte einfache Subsidiaritätsklausel wurde 1994 von der Vorgängerregierung gestrichen.

Erlauben Sie mir ein Zitat von Wolfgang Clement aus dem Jahre 1998:

(Horst Becker [GRÜNE]: Die neoliberale Sicht!)

„Leere öffentliche Kassen lassen sich nicht dadurch füllen, dass die Verwaltungen den mittelständischen Unternehmen Aufträge wegnehmen.“

Das müssen Sie sich auf der Zunge zergehen lassen.

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Der Innenminister hat bereits einige Bundesländer genannt. Sie behaupten ja das Gegenteil, wir würden hier eine Regelung machen, die deutschlandweit einmalig ist. Ich wiederhole sie noch einmal ganz kurz:

Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz. Und, Herr Jäger, rufen Sie doch mal bitte in Mainz an! Rufen Sie doch dort die Staatskanzlei an. Da gab es viele Jahre sozialliberale Koalition. Die haben eine scharfe Regelung. Jetzt hat dort die SPD die absolute Mehrheit, und das Rad wird nicht zurückgedreht.

(Zuruf von der SPD)

– Jawohl, Rheinland-Pfalz – genau richtig – und Saarland und Thüringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was behauptet wird und ständig wiederholt wird, wird nicht dadurch richtig, dass man es wie eine tibetanische Gebetsmühle immer wieder in die Debatte bringt. Das ist nichts anderes als interessegeleitet. Ich kann das aus Ihrer Sicht, aus der Sicht der Opposition ja verstehen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Engel. – Für die CDU spricht Herr Kollege Biesenbach.

(Peter Biesenbach [CDU]: Ich ziehe zurück!)

Dann spricht noch Kollege Becker für die Grünen.

**Horst Becker (GRÜNE):** Herr Biesenbach, Herr Engel, Herr Brockes, Herr Wolf, wenn ich Sie so höre, stelle ich mir die Frage, welche große Macht von der Fraktion der Grünen und von der Fraktion der SPD hier im Landtag ausgehen muss, dass quer durchs Land Ihre eigenen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker Resolutionen gegen Ihr Vorhaben schreiben, dass quer durchs Land ihre Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dagegen protestieren, dass die Rednerinnen und

Redner, die heute hier bei der Demonstration angetreten sind, Ihrer Partei angehören und sie trotzdem sagen können, dass all die, die protestieren, irre- und fehlgeleitet seien. Ich glaube, so viel Macht haben wir nicht.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Jäger [SPD]: Leider!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass die Wahrheit in dem liegt, was Herr Brockes und Herr Engel gesagt haben und mit anderen Worten Herr Innenminister Wolf. Sie wollen „Privat vor Staat“ durchsetzen. Herr Brockes hat es den ordnungspolitischen Anspruch dieser Koalition genannt. Es interessiert Sie einen feuchten Kehrriech, was mit den berechtigten Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der öffentlichen Hand ist. Und es interessiert Sie auch – das ist aus dem Wortbeitrag von Herrn Engel ganz deutlich geworden – einen Kehrriech, ob es Gewinne gibt, mit denen verlustbringende Bereiche der öffentlichen Hand quersubventioniert werden können. Da unterscheiden wir uns von Ihnen.

Wir wollen, dass die Gebühren, Beiträge und Entgelte in diesen Bereichen niedrig sind, Sie wollen das nicht. Sie wollen Gewinne für die Privaten und Verluste für die öffentliche Hand, für die Bürgerinnen und Bürger. Das unterscheidet uns, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Becker. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Erstens werden wir über den Überweisungsantrag zu Drucksache 14/3837 abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/3837 an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** – federführend – und an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** zur Mitberatung. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig überwiesen.

Zweitens stimmen wir ab über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3850**. Die Antragstellerin hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags. Wer die-

sem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das mit den Stimmen der CDU und der FDP **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt, und wir kommen zu:

#### **4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranbringen – Familienfreundlichkeit der Landesverwaltung ausbauen**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/3841

Ich erteile dazu der Kollegin Milz das Wort. Bitte schön.

**Andrea Milz** (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man sagt immer: Mit gutem Beispiel vorangehen! Das wird sehr gerne gesagt, aber nicht immer gerne getan. Die Koalitionsfraktionen haben sich bereits im vergangenen Jahr mit der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie beschäftigt. Nun ist es ein Leichtes, für solche Vorhaben andere zu suchen, die das dann umsetzen sollen – die eigene Glaubwürdigkeit erhöht man dadurch jedoch nicht. Wenn wir also wollen, dass alle Unternehmen im Lande familienfreundlich sind, müssen wir uns auch selbst fragen, was hier zu tun sein könnte.

So haben wir uns parallel zu den Bemühungen, Unternehmen zu sensibilisieren, Gedanken gemacht, was wir im Düsseldorfer Landtag umsetzen können. Soweit ich weiß, hat sich bisher außer Nordrhein-Westfalen nur der Landtag von Rheinland-Pfalz auf den Weg gemacht, seine Familienfreundlichkeit in den Vordergrund zu stellen. Ihm wurde im November 2006 erst das Grundzertifikat zum „audit berufundfamilie“ erteilt. In der Begründung, warum sich der Landtag Rheinland-Pfalz zu diesem Schritt, eine Zertifizierung zu wollen, entschlossen hat, heißt es – ich zitiere –:

„Der Landtag Rheinland-Pfalz möchte sein Angebot familienbewusster Maßnahmen ausbauen und weiterentwickeln, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern sowie ihre Motivation und Arbeitszufriedenheit zu erhöhen. Mittels einer nachhaltigen familienbewussten Personalpolitik möchte der Landtag Rheinland-Pfalz im eigenen Bereich mit gutem Beispiel vorangehen.“

Dem kann ich mich nur anschließen und daher auch für unseren Antrag werben. Wir wissen alle, dass sich die Förderung der Balance zwischen Familie und Beruf sowie die Förderung von Müttern und Vätern auch im öffentlichen Dienst lohnt. Es ist ein Teil der gesellschaftlichen Verantwortung, allen Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft, die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung und Sinnerfüllung auch in der Arbeitswelt zu geben. Direkt Begünstigte einer solchen verbesserten Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht nur bei der alltäglichen Koordination ihrer unterschiedlichen Lebensentwürfe entlastet werden, sondern die hierdurch auch eine kontinuierliche Erwerbsbiografie und verbesserte berufliche Entwicklungsperspektiven erreichen können.

Zum Zweiten profitiert auch der Staat, der nicht nur bei der Umsetzung seiner sozialpolitischen Aufgaben unterstützt wird, sondern durch die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung auch höhere Steuereinnahmen und Sozialbeiträge erzielt.

Als dritte Gewinner stehen last, but not least die Arbeitgeber im Blickpunkt, bei denen neuere Forschungen verstärkt darauf hindeuten, dass sich durch mitarbeiter- und familienfreundliche Personalpolitik Wettbewerbsvorteile und auch Kosteneinsparungen erzielen lassen.

Wenn wir dies in Düsseldorf als Auftrag begreifen, sind die Themen, denen sich die Landtagsverwaltung und die Fraktionen stellen müssen, schnell klar. Die Bandbreite der Angebote, die wir prüfen müssten, die auch die Landtagsverwaltung prüfen sollte, sind die Kinderbetreuung, um den Arbeitnehmern Flexibilität zu ermöglichen, über Kooperationen mit lokalen Bündnissen für Familien nachzudenken, Weiterbildungsmöglichkeiten für Mitarbeiter im Erziehungsurlaub oder während Pflegezeiten zu avisieren, über die Vermittlung von kurzzeitigen Arbeitseinsätzen während der Unterbrechungszeiten in Krankheits- oder Urlaubsfällen nachzudenken, sich über die Möglichkeit von Familienbesuchsprogrammen oder -betreuung während Veranstaltungen im Landtag Gedanken zu machen, Angebote für Mitarbeiter bereitzuhalten, die Menschen pflegen, bis hin zur Zusammenarbeit mit umliegenden Ministerien oder Unternehmen zu kommen, sofern sich das lohnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie alle kennen den Grundsatz: Führen durch Vorbild. Nur wer die Maßstäbe, die er an andere legt, auf sich selbst ebenso anwendet, erreicht Glaubwürdigkeit. Das, was die bereits zertifizierten Unternehmen ge-